



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche wird der Bundeshaushalt 2018 durch den Finanzminister ins Parlament eingebracht. Trotz prognostizierter Steuermehreinnahmen sind die Haushaltsspielräume des Bundes begrenzt. Ein Großteil der zusätzlichen Mittel ist schließlich bereits durch den Koalitionsvertrag fest verplant. Mit dem Abbau der kalten Progression wie auch schon in den vergangenen Jahren, wird die Politik von Wolfgang Schäuble fortgesetzt - das ist gut und richtig. Es ist wichtig, dass die restlichen Mittel ebenfalls in die im Koalitionsvertrag vereinbarten Bereiche fließen. Wir werden dabei großen Wert darauf legen, dass auch Bundeswehr und Entwicklungszusammenarbeit angemessen profitieren.

Letzte Woche hatte ich die Möglichkeit, 47 ehrenamtlich tätige Oberbergerinnen und Oberberger nach Berlin einzuladen. Die viertägige politische Bildungsreise beinhaltete viele interessante Programmpunkte, wie etwa eine Führung durch das Bundeskanzleramt oder durch das ehemalige Stasi-Gefängnis in Berlin-Höhenschönhausen. Außerdem werde ich in dieser Woche vom oberbergischen Wirtschaftsjunior Matthias Kausemann begleitet. Er nimmt am diesjährigen Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren Deutschland mit dem Deutschen Bundestag teil.

I. Die politische Lage in Deutschland

Wir setzen unsere solide Haushaltspolitik fort.

Die lange Phase der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl hat zur Folge, dass der Bundeshaushalt für das laufende Jahr vergleichsweise spät verabschiedet werden kann. Der Kabinetentwurf liegt jetzt vor und enthält neben dem Haushalt 2018 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 Eckwerte für 2019. Der neue Finanzminister hat einen Kurs eingeschlagen, der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Koalition möglich macht. Durch Fortsetzung unserer soliden Haushaltspolitik wird die gesamtstaatliche Schuldenquote 2019 erstmals seit 2002 unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fallen.

In dieser Woche gehen wir in die erste Lesung des Regierungsentwurfs. Wir werden dabei die neue Steuerschätzung berücksichtigen, wonach die Ausgabenspielräume des Bundes bis 2022 noch einmal um insgesamt 10,8 Milliarden Euro auf 56,8 Milliarden Euro ansteigen werden. Da diese Schätzung bei Kabinettschluss noch nicht vorlag, können und werden wir in unseren parlamentarischen Beratungen die Verwendung dieser Mittel nach klaren Prioritäten vornehmen: Abbau der kalten Progression, Investitionen in Digitalisierung sowie Aufwuchs der Mittel für die Bundeswehr und Entwicklungshilfe.

Die aktuelle Haushaltsentwicklung ist sehr erfreulich. Sie darf aber nicht über die Risiken hinwegtäuschen – gerade auch in Form handelspolitisch bedingter Wachstumseinbußen. Es ist eine lange Strecke bis 2021. Wir werden daher zu Beginn dieser Wahlperiode nicht zu viele finanzrelevante Maßnahmen auf einmal beschließen können. Unsere neugewonnenen Gestaltungsmöglichkeiten werden wir sorgfältig prüfen und abwägen. Solide Finanzpolitik ist für uns eine Frage der Generationengerechtigkeit und des Wirtschaftswachstums.

Wir halten am Iran-Abkommen fest.

Die Entscheidungen des US-Präsidenten zur Kündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran und zur Wiedereinführung von Sanktionen bedeuten einen herben Rückschlag für die unerlässlichen Bemühungen zur Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens. Der Rückzug der USA belastet die transatlantischen Beziehungen. Mit ihm einher geht ein erneuter erheblicher Vertrauensverlust, was die Bedeutung multilateraler Abkommen angeht. Gleichzeitig fördert er die Gefahr einer weiteren Verbreitung von Nuklearwaffen.

Das Abkommen mit dem Iran hat zwar Schwachstellen, aber es funktioniert. Bessere friedliche Lösungen zur Vermeidung einer nuklearen Aufrüstung Irans gibt es derzeit nicht. Es ist in unserem gemeinsamen Interesse, dass der Iran atomwaffenfrei bleibt. Jetzt geht es darum, wie das Abkommen ohne die USA erhalten werden kann. Wir werden weiterhin zum Atomabkommen stehen und unsere sowie die Interessen Europas schützen. Dabei werden wir uns an unsere Verpflichtungen halten, sofern der Iran vertragstreu ist. Die iranische Regierung muss aber auch wissen, dass die EU nur dann ein Partner sein wird, wenn Iran eine konstruktive Rolle in der Region einnimmt. Neben der Einhaltung des Atomabkommens muss Iran seine destabilisierenden Aktivitäten in der Region beenden und sein ballistisches Raketenprogramm zurückfahren. Die jüngsten nächtlichen iranischen Angriffe auf israelische Militärstellungen auf den Golanhöhen verurteilen wir auf das Schärfste.

Religionsfreiheit achten, Gewalt gegen Christen beenden.

Bombenattentate auf drei christliche Kirchen in der indonesischen Stadt Surabaya, die durch eine Familie mit noch jungen Kindern ausgeführt wurde, haben mindestens 13 Todesopfer und zahlreiche Verletzte gefordert. Diese wahnsinnigen Taten lenken ein Schlaglicht auf die Gefahr, die von einem religiös motivierten Extremismus ausgeht, der die Religionsfreiheit nicht anerkennt. Sie mahnen uns, uns noch stärker für dieses Menschenrecht und für das friedliche Zusammenleben der Religionen einzusetzen.

Es ist nicht eine Religion, die Angehörige der eigenen oder einer anderen Religion tötet, sondern es sind Extremisten, die die Würde ihres Gegenübers nicht achten. Religionsführer auf aller Welt sind aufgerufen, solche Extremisten klar und deutlich zu verurteilen.

II. Die Woche im Parlament

Einbringung Haushaltsgesetz 2018 durch den Bundesminister der Finanzen. Die Bundesregierung hat einen zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2018 beschlossen. Die Veränderungen gegenüber dem Erstentwurf der letzten Wahlperiode beruhen auf neuen politischen Schwerpunkten, den sogenannten prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages, Rechtsverpflichtungen und einer aktuelleren Steuerschätzung. Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wurde sowohl das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) als auch der ebenfalls angepasste mittelfristige Finanzplan erörtert.

Allgemeine Finanzdebatte. Es schloss sich eine Debatte über die politischen Schwerpunkte in der Einnahmen- und Ausgabenpolitik an. Unter diesem Tagesordnungspunkt wurden die Einzelpläne des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesrechnungshofes, der Bundesschuld und der Allgemeinen Finanzverwaltung eingebracht. Letzterer fasste die Einnahmen und Ausgaben zusammen, die nicht einem einzelnen Ressort zugeordnet werden können oder den Bund insgesamt betreffen. Bis Freitag werden die Haushaltsdebatten folgender Bundesressorts beraten:

- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

- Generaldebatte Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt
- Auswärtiges Amt
- Bundesministerium der Verteidigung
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Bundesministerium für Gesundheit

Schlussrunde Haushaltsgesetz 2018. Gemäß Kabinettsbeschluss dürfen sich die Ausgaben der Bundesregierung im Jahr 2018 insgesamt auf 341 Mrd. Euro belaufen. Das sind 10,3 Mrd. Euro bzw. 3,1 Prozent mehr als 2017 tatsächlich ausgegeben wurde. Wir fassen in einer Schlussrunde die Debatten der Einzelpläne zusammen und überweisen den Regierungsentwurf in die Ausschussberatungen. Die 2./3. Lesung soll vom 2. bis 5. Juli 2018 stattfinden.

III. Daten und Fakten

Fortschritte beim Breitbandausbau. Ungeachtet der häufig geäußerten Kritik am Breitbandausbau geben viele Internetnutzer in einer Verbraucherumfrage des Digitalverbandes Bitkom an, Fortschritte im Ausbau der deutschen Breitbandnetze zu sehen. Zwei Drittel der befragten Haushalte bestätigen, dass sich die Verfügbarkeit von schnellem Internet über die letzten fünf Jahre verbessert habe. Gleichzeitig fordern 91 Prozent, dem Breitbandausbau oberste Priorität einzuräumen. 77 Prozent fordern Gigabit-Anschlüsse für alle Internetnutzer bis 2025. Die Bereitschaft zu höheren Ausgaben für mehr Bandbreite ist jedoch eher gering. So lehnen vier von zehn Haushalten ab, für schnelles Internet mehr zu bezahlen als bisher. Dabei unterscheidet sich die Zahlungsbereitschaft in weniger gut versorgten ländlichen Räumen nicht von gut versorgten Großstädten. Den restlichen Befragten wäre ein Gigabitanschluss im Schnitt zusätzlich 14 Euro pro Monat wert. Momentan betragen die monatlichen Ausgaben für Internet, in der Regel einschließlich Telefonie, 34 Euro.

(Quelle: Bitkom)

Junge Wirtschaft trifft Politik. Der oberbergische Wirtschafts junior Matthias Kausemann begleitet mich in dieser Woche bei meiner politischen Arbeit in Berlin. Die Wirtschafts junior sind Unternehmer und Führungskräfte unter 40 Jahren. In Oberberg haben wir aktuell 32 Wirtschafts junior; deutschlandweit sind es rund 10.000. Es ist wichtig, dass Politik und Wirtschaft im Dialog bleiben und deshalb bin ich froh, dass die Wirtschafts junior diesen Austausch organisieren.



Mit dem Wirtschafts junior Matthias Kausemann vor den Parlamentsgebäuden.

Foto: Bundestagsbüro Dr. Brodesser

*Herzliche Grüße!
Carsten Jachmann.*